

Langer Marsch für Öcalan: KCD-E ruft zur Beteiligung auf

Unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Freiheit für Kurdistan“ finden Märsche von Frankfurt, Luxemburg und Bern nach Straßburg statt. Der Kongress der demokratischen Gesellschaft der KurdInnen in Europa (KCD-E) ruft alle Menschen aus Kurdistan und alle FreundInnen auf, sich daran zu beteiligen.

Auf Grund des 16. Jahrestages des Komplotts gegen Abdullah Öcalan werden Kurd*innen und ihre Freund*innen von Frankfurt (1. Feb.), Luxemburg (2. Feb.) und Bern (4. Feb.) aus einen langen Marsch nach Straßburg durchführen, um das Bewusstsein für die kurdische Frage zu stärken und die Freiheit von Öcalan zu fordern. Am 13. Februar werden die Millionen von Unterschriften der Petition „Freiheit für Abdullah Öca-

lan“ veröffentlicht und dem europäischen Rat vorgelegt.

Der Marsch aus Bern

Unter der Losung „Freiheit für Abdullah Öcalan – Freiheit für Kurdistan“ steht der Marsch von Bern nach Straßburg. Der von der kurdischen Frauenbewegung organisierte Marsch wird unter dem Transparent „Frauenmarsch für die Freiheit von Öcalan“ gehen.

Der Frankfurter Marsch

Das zweite Motto des Frankfurter Marsches ist „Unterstützt Kobanê und Şengal“ und ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Kantone in Rojava wahrzunehmen. Kobanê leistet seit vier Monaten Widerstand gegen die fortlaufenden Angriffe des IS. „Trotz der Krise wurde in Kobanê noch kein humanitärer Korridor geöffnet. Der türkische Staat hat noch keinen

solchen Korridor erlaubt und unterstützt weiter den IS“, sagt der KCD-E.

Der Marsch aus Luxemburg

„Freiheit für Abdullah Öcalan – Freiheit für Kurdistan“ sowie „Seit kein Teil dieser Ungerechtigkeit, streicht die PKK von der Liste der terroristischen Organisationen“ sind die Slogans des Marsches aus Luxemburg. Daran erinnernd, dass die PKK und ihr nahestehende Organisationen in Rojava und Südkurdistan die Front gegen den IS bilden, unterstreicht die KCD-E, dass es paradox von den USA und der EU ist die PKK auf ihren Terrorlisten zu führen, obwohl sie im Kampf gegen den IS auf der gleichen Seite stehen. Noch unlogischer ist, dass der IS und die PKK zusammen auf diesen Listen stehen. Diese Anomalie muss beendet werden. (DIHA, 21.01., ISKU)

Kanton Sengal gebildet

Jesiden organisieren sich. Kämpfe zwischen kurdischen Einheiten und Regierungstruppen in Nordsyrien

Von Nick Brauns | Die Verteidiger der syrischen Stadt Ain Al-Arab (Kobani) konnten in der Nacht zum Montag einen strategischen Erfolg im Kampf gegen die Milizen des »Islamischen Staates« (IS) verbuchen. Es gelang ihnen, die Anhöhe Mistenur am Rande der Stadt zurückzuerobern, von der aus der Ort immer wieder unter Beschuss genommen wurde. Der Kampf um Kobani dauert seit mittlerweile vier Monaten an. Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG kontrollieren inzwischen wieder rund 80 Prozent des Stadtgebietes.

Auch im jesidischen Siedlungsgebiet Sengal im Nordirak gehen die Kämpfe kurdischer Guerillaeinheiten gegen den IS weiter. Am Wochenende ließen die Dschihadisten überraschend 200 seit Monaten verschleppte Jesiden frei. Offenbar hatten die Geiseln, bei denen es sich um alte und kranke Menschen gehandelt haben soll, die Bewegungsfreiheit der Entführer zu sehr behindert. Doch Hunderte weitere Jesiden – darunter viele

Frauen –, bleiben in der Gefangenschaft des IS.

Unterdessen haben Jesiden am Fuße der Sengal-Berge eine Nationalversammlung abgehalten. 200 Delegierte vertraten die in der Region gebliebenen sowie die nach Nordsyrien (Rojava) und in das kurdische Autonomiegebiet im Irak geflohenen Jesiden. »Wir kamen zu der Erkenntnis, dass einer der Gründe für dieses Massaker der Mangel eigener Organisation war, was zur Verwundbarkeit der Jesiden geführt hatte«, heißt es in einer am Wochenende veröffentlichten Erklärung der jesidischen Versammlung zum IS-Angriff. So hatten sich die Jesiden auf den Schutz der Peschmerga des irakisch-kurdischen Präsidenten Massud Barsani verlassen. Doch diese hatten sich vor dem Angriff im August aus der Sengal-Region zurückgezogen und die Zivilbevölkerung schutzlos gelassen. PKK- und YPG-Kämpfer hatten damals über hunderttausend Jesiden durch einen Fluchtkorridor nach Syrien gerettet.

Obwohl die Peschmerga in den letzten Wochen gemeinsam mit PKK und YPG einen Belagerungsring des IS um die Sengal-

Berge durchbrachen, haben viele Jesiden kein Vertrauen mehr in die kurdische Regierung. Statt einen Anschluss an das Autonomiegebiet anzustreben, beschloss die Konferenz, eine eigene Selbstverwaltung für Sengal nach dem Vorbild der Kantone in Nordsyrien zu bilden. Hierfür wurde ein 27köpfiger Rat mit einer provisorischen Regierung gewählt. Auch die Schaffung von Selbstverteidigungskräften wurde beschlossen. Diese Aufgabe sollen die mit Hilfe der PKK in den vergangenen Monaten von jungen Jesiden aufgebauten Sengal-Widerstandseinheiten (YBS) übernehmen.

Die von der Demokratischen Partei Kurdistans von Präsident Barsani dominierte Kurdische Regionalregierung (KRG), aber auch das geistliche Oberhaupt der Jesiden, Baba Scheich, und die jesidische Abgeordnete im irakischen Parlament, Viyan Dakhil, wiesen die Bildung eines »Kantons Sengal« als Einmischung der PKK in die inneren Angelegenheiten der KRG zurück, meldete das Nachrichtenportal Basnews. Die KRG beschuldigte die PKK, Sengal unter eigene Kontrolle bringen zu wollen. (jW, 20.1., ISKU)

Meldungen: Amed und Kaxizman: 7 in Untersuchungshaft

Die Operationen zur politischen Eliminierung der KurdInnen in Nordkurdistan geht weiter. Von 27 in Amed und Kaxizman(Kağızman) verhafteten Menschen verblieben sieben in Untersuchungshaft, darunter zwei Minderjährige.

Am 19. Januar wurden in Amed zehn Jugendliche vor dem Beginn einer Demo festgenommen. Zwei von ihnen wurden wieder freigelassen, während acht dem Gericht überstellt wurden. Am Ende wurden zwei von ihnen beschuldigt, Mitglieder in der YDG-H zu sein und dem Gefängnis in Amed überstellt. Nach dem 19. Januar wurden von 15 Minderjährigen zwei unter dem Vorwurf des „Steinwerfens“ in Haft behalten.

Ein Tag davor wurden in Kaxizman vier Menschen, die im Oktober an Demonstrationen für Kobanê teilnahmen, festgenommen. Drei von ihnen wurden wegen angeblicher „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ in das Gefängnis von Qers gebracht. (ANF, 22.1., ISKU)

Schwere Kämpfe zwischen Regimekräften und YPG in Heskê

Seit dem 17.01. kommt es in der Stadt Heskê (al-Hasaka) im Kanton Cizîrê (Rojava/Nordsyrien) zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den syrischen Regimekräften und KämpferInnen der YPG und YPJ. Die Kämpfe konzentrieren sich derzeit auf den Osten der Stadt. Laut einer Stellungnahme der YPG beschießen die Regimekräfte auch immer wieder zivile Ziele in der Stadt mit Raketen. Seit Ausbruch der Kämpfe sind mindestens sechs kurdische Sicherheitskräfte (Asayiş) und zwei Mitglieder der YPG ums Leben gekommen.

Die Auseinandersetzungen in der Stadt hatten überraschend begonnen, nachdem die Regimekräfte zwölf kurdische Zivilisten, darunter vier Mitarbeiter der Stadtverwaltung, festgenommen hatten und anschließend einen Checkpoint der kurdischen Sicherheitskräfte angriffen. Daraufhin umzingelten YPG-Kräfte eine Militärstation des Regimes in der Stadt und nahmen 30 Soldaten fest. Derzeit halten die Auseinandersetzungen in der Stadt weiter an. Heskê ist neben Qamişlo die einzige Stadt in Rojava in der Kräfte des Baath-Regimes und die kurdische Selbstverwaltung

Keine Kriminalisierung kurdischer Bewegungen

Stopp der Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst

„Weiterhin werden kurdische Gruppen von europäischen Polizeibehörden verfolgt. Mehrere neue Initiativen gehen auf das Bundeskriminalamt (BKA) zurück. Die Bundesregierung betreibt damit die bewusste Spaltung kurdischer Bewegungen, die sich schließlich gegen die Selbstverteidigung kurdischer Siedlungen in Syrien richtet“, kritisiert der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko eine entsprechende Mitteilung der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage.

Die EU-Polizeiagentur Europol hat zur Verfolgung der kurdischen Arbeiterpartei PKK mittlerweile eine „Target Group BAZAAR“ eingerichtet. Dort schließen sich jene Mitgliedstaaten zusammen, die Ermittlungsverfahren gegen die PKK betreiben. Im vergangenen Jahr hat Europol ein „Operational Meeting“ zur Finanzierung der PKK abgehalten. Auch im Herbst stand das Thema auf der Agenda eines großen „Anti Terror-Treffens“ aller EU-Mitgliedstaaten. Andrej Hunko weiter:

„Das ‚Operational Meeting‘ wurde laut der Bundesregierung vom BKA einberufen und vorbereitet. Teilgenommen haben Österreich, Belgien, Dänemark, die Niederlande, Spanien, die Schweiz, Großbritannien sowie Europol. Zu den weiteren Verhandlungen gehörte die Einrichtung neuer Kommunikationskanäle. Auch seien ‚technische Standards‘ festgelegt worden. Ich vermute, dass es dabei um Kompetenzen und Technologien bei Ermittlungen zu Finanztransaktionen geht. Banken und andere Finanzdienstleister werden zur umfangreichen Analyse ihrer Vorratsdaten verpflichtet. Aus früheren Anfragen weiß ich, dass das BKA seit 2010 mindestens elf Sitzungen mit Europol

abhielt. Im Mittelpunkt standen offenbar Maßnahmen gegen Spendensammlungen der kurdischen Bewegung unter der millionenstarken kurdischen Diaspora. Im gleichen Zeitraum fanden mindestens sieben Konsultationen und Arbeitstreffen zur PKK zwischen dem BKA und dem türkischen Geheimdienst MIT statt. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz tauscht sich regelmäßig mit dem MIT aus. Inzwischen verdichten sich Hinweise, dass der türkische Geheimdienst dem Islamischen Staat in Syrien Waffen liefert. Die Bundesregierung muss deshalb jede Zusammenarbeit mit

den türkischen Sicherheitsbehörden beenden und einen radikalen Kurswechsel gegenüber der Türkei vollziehen.

Hierzu gehört die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und die Initiative zur Streichung der PKK von der EU-Terrorliste. Die PKK und ihre Schwesterpartei PYD müssen in der in der Region Rojava als lösungsorientierte Kräfte anerkannt werden. Die Bundesregierung muss sie deshalb international als Partner zur Lösung des Bürgerkriegs in Syrien ins Spiel bringen.“

Pressemitteilungen von Andrej Hunko, 20. Januar 2015

Foto auf Facebook geteilt: Ermittlungsverfahren gegen LINKE-Abgeordnete Özdemir

Die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft hat die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE davon in Kenntnis gesetzt, dass die Staatsanwaltschaft Hamburg gegen die Abgeordnete Cansu Özdemir ein Ermittlungsverfahren eröffnet hat. Der Abgeordneten wird vorgeworfen, ein Foto der Bundestagsfraktion DIE LINKE auf Facebook geteilt zu haben. Auf diesem Foto sind fünf Abgeordnete der Bundestagsfraktion DIE LINKE hinter einer Fahne der PKK zu sehen, die sich damit für die Aufhebung des PKK-Verbot einsetzten.

Hierzu erklärt Dora Heyenn, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen unsere Abgeordnete wegen eines Fotos auf Facebook ist völlig überzogen und ein politischer Skandal. Es handelt sich um eine politische Meinungsäußerung mit der Cansu Özdemir unserer Forderung, das

PKK Verbot aufzuheben, Nachdruck verleihen wollte.

Ich frage mich, ob die Staatsanwaltschaft Hamburg gegen alle, die das Bild geteilt haben, ermittelt oder nur der LINKEN im Wahlkampf schaden will? Meine Fraktion erklärt sich solidarisch mit Cansu Özdemir und fordert die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens.“

„In einer Zeit, in der die Menschen in Kobanê auch mit Unterstützung der PKK um ihr Überleben kämpfen, wo selbst CDU-Politiker darüber nachdenken, die PKK im Kampf gegen den Islamischen Staat zu unterstützen und die türkische Regierung mit Abdullah Öcalan und der PKK Gespräche führt, ist die politische Absurdität des PKK-Verbots offensichtlich und die Aufhebung des Verbots mehr als überfällig“, ergänzt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christiane Schneider.

22. Januar 2015

DIE LINKE, Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

„Der Mistenûr ist befreit, jetzt befreien wir Kobanê“

Mit der Eroberung des Hügels Mistenûr ist die erste Etappe zur Befreiung Kobanês erfolgreich beendet worden, sagt Biharin Kendal, eine Kommandantin der YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) aus Kobanê. Seit den Kämpfen im Oktober ist der Mistenûr ein wichtiges Symbol geworden und von strategischer Bedeutung. Seit Monaten führen Kräfte der YPG/YPJ Operationen gegen den IS durch und konnten viele strategische Punkte einnehmen.

Von dem Mistenûr aus können die Verteidigungseinheiten die ganze Stadt überblicken, einschließlich der Aleppo Road und anderer Straße, über die der IS Verstärkung bezieht.

Die Kommandantin Biharin Kendal sprach mit ANF über die Befreiungsaktion.

Trotz schlechterer Bewaffnung und der Konfrontation mit Panzern und schweren Waffen, leisteten die mutigen Einheiten der YPG/YPJ im Oktober einen heldenhaften Widerstand auf dem Mistenûr gegen den IS, erklärt Biharin Kendal.

„Als die IS-Banden nach dem Fall des Mistenûr die Stadt betraten, machten wir sie zur Hölle für sie. Wir kämpften in jedem Haus, auf jeder Straße, vergossen unser Blut und verloren unsere GenossInnen. Aber wir wussten, dass wir den Mistenûr wieder einnehmen, und unsere Pläne trugen Früchte“, sagt Kendal.

Die Kommandantin erzählt, dass der nächste Schritt die Befreiung der ganzen Stadt sei. „Tage vorher packten wir YPJ-Flaggen und Poster vom Vorsitzenden Apo in

unsere Taschen, um sie auf dem Mistenûr aufzuhängen. Wir Zweifelten nicht an der Rückeroberung des Mistenûr und erfüllten die Wünsche unserer im Kampf gefallenen GenossInnen.“ Das der IS sich nicht länger frei auf der Aleppo Road und anderen Straßen entlang der Grenze zu Tel Abyad bewegen kann, ist der große Vorteil an der Kontrolle des Mistenûr, erklärt uns Kendal. „Wir haben jetzt die Kontrolle über die ganze Stadt und den Dörfern im Osten und Süden. In den östlichen Vierteln stehen die IS-Banden mit dem Rücken zur Wand, dort werden wir sie zerschlagen. Wenn du im Krieg die meisten strategischen Punkte besetzt, weißt du, dass für den Feind das Ende naht.“

(ANF, 22.1., ISKU)

koexistieren. Obwohl es immer wieder zu Spannungen zwischen beiden Seiten kommt, kam es bislang noch nicht zu Auseinandersetzungen von dieser Größenordnung zwischen beiden Seiten. Warum das syrische Regime gerade jetzt die Angriffe auf die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen begonnen hat, ist unklar. Es besteht allerdings die Gefahr, dass die Kämpfe auch auf Qamişlo überschwappen.

(ANF, 18.01., ISKU)

Termine:

Jugendforum 2015

Vom 31.01.–01.02.2015 findet in Hamburg ein vom Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) und Freund*innen organisiertes Jugendforum zum Demokratischer Konföderalismus und der kurdischen Freiheitsbewegung statt. Aufbauend auf der im November 2013 abgehaltenen Jugendkonferenz mit dem Titel „Die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei“ sollen im Jugendforum Debatten weitergeführt werden und Perspektiven für eine neue internationalistische Praxis entwickelt werden.

Geplant sind Workshops und Vorträge zu: Demokratischer Konföderalismus, Geschlechterfrage in Kurdistan und kurdische Frauenbewegung, Rojava-Revolution, Neuer Internationalismus. Wir laden Alle dazu ein, am Jugendforum teilzunehmen und freuen uns auf euch! Das fertige Programm und Informationen zum Ablauf findet ihr auf unserem Blog. <http://jugendkonferenz.blogspot.de>

Vergesst die Menschlichkeit nicht! Zeigt Solidarität und nehmt teil! Egal ob Fußballer oder nicht!

Am 01.2. findet in Celle ein Benefiz Hallenfußball Turnier zugunsten der Flüchtlinge von Şengal und Kobanê (Rojava) statt.

Der Erlös geht zu 100% an die Opfer und Flüchtlinge, denen im jetzt eingetroffenen Winter erschwertes Überleben in Zelten bevorsteht!

Burgstraße 21, 29221 Celle (Sporthalle der Schule Burgzentrum), Beginn um 10 Uhr.

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org